

P R e s s e

S P i e g e l

Polen - Pressespiegel 09/2024 vom 29.02.2024

Das finden Sie in dieser Ausgabe

- *Anne Applebaum: Nawalny war in der Lage, Daten, die selbst die besten Journalisten ermüden, interessant und unterhaltsam zu präsentieren*
- *Verschüttetes Getreide auf Bahngleisen ist eine Imagekatastrophe für Polen*
- *Würde ein Landwirt, der eine sowjetische Flagge an seinen Traktor heftet und Putin um Hilfe bittet, tatsächlich in Russland leben wollen?*
- *Skandal bei Bauernprotest auf A1 Gorzyczki. „Putin mache Ordnung mit der Ukraine und Brüssel...“.*
Innenministerium reagiert
- *PiS im Bündnis mit einem Putin-Fan*
- *Bodnar kündigt Überprüfung der politisch inspirierten Ermittlungen unter der PiS an*

Dazu wie immer ein Cartoon von Andrzej Mleczko und zum Schluss mal ein kluger, mal ein dummer Spruch der Woche

Anne Applebaum: Nawalny war in der Lage, Daten, die selbst die besten Journalisten ermüden, interessant und unterhaltsam zu präsentieren



Quelle: wyborcza.pl

Von **Anne Applebaum**

Putin hat verloren. Anstatt Nawalny zu bekämpfen, wird er die Erinnerung an Nawalny bekämpfen müssen

Alexej Nawalny kehrte im Januar 2021 nach Russland zurück. Kurz bevor er das Flugzeug bestieg, veröffentlichte er auf YouTube ein Video mit dem Titel „Palast für Putin: Die Geschichte der größten Bestechung“. Das fast zweistündige Filmmaterial war ein bemerkenswertes investigatives Unterfangen. Anhand von geheimen Kontakten, Drohnenaufnahmen, Bildmaterial und Zeugenaussagen von Bauarbeitern erzählt Nawalny die Geschichte der 1,3 Milliarden Dollar teuren Schwarzmeer-Villa, die mit allem Luxus ausgestattet ist, den sich ein Diktator nur vorstellen kann: eine Shisha-Bar, eine Eishockeybahn, ein Hubschrauberlandeplatz, ein Weinberg, eine Austernzucht, eine Kirche. Der Film schildert auch die gigantischen Kosten und den Betrug, der beim Bau des Palastes im Namen seines wahren Besitzers, Wladimir Putin, begangen wurde.

Die Stärke des Films lag jedoch nicht nur in der Kinematografie oder gar in der Höhe des ausgegebenen Geldes. Die Stärke lag im Stil, im Humor und in der Hollywood-Professionalität der Produktion, die zu einem großen Teil von Nawalny selbst verantwortet wurde. Das war seine außergewöhnliche Gabe: Er konnte die trockenen Fakten der Kleptokratie - die Zahlen und Statistiken, die normalerweise selbst die

besten Finanzjournalisten ermüden - so darstellen, dass sie lustig sind. Auf dem Bildschirm war er ein ganz normaler Russe, manchmal schockiert über das Ausmaß des Diebstahls, manchmal geschmacklos spöttisch. Er wirkte auf andere, gewöhnliche Russen real und erzählte Geschichten, die für sie relevant waren. Er erzählte den Russen, dass sie schlechte Straßen und eine schlechte Gesundheitsversorgung haben, weil sie Eishockeystadien und Shisha-Bars haben.

Und die Russen haben zugehört. Eine Umfrage, die einen Monat nach der Veröffentlichung des Films durchgeführt wurde, ergab, dass einer von vier Bürgern den Film gesehen hatte. Weitere 40 Prozent hatten von ihm gehört. Bis heute wurde der Film 129 Millionen Mal angeschaut.

Nawalny wurde für tot erklärt. Die russischen Gefängnisbehörden behaupten, er sei nach monatelanger Krankheit zusammengebrochen. Vielleicht wurde er auf direktere Weise ermordet, aber die Details spielen keine Rolle: Er wurde vom russischen Staat getötet. Er wurde von Putin ermordet - wegen seines politischen Erfolgs, wegen seiner Fähigkeit, die Menschen mit der Wahrheit zu erreichen, und wegen seines Talents, den Propagandanebel zu durchdringen, der seine Landsleute und einige von uns jetzt blendet.

Er ist auch deshalb tot, weil im Jahr 2021, nachdem er zweimal vergiftet worden war, und - mit dem Wissen, dass er verhaftet werden würde, nach Russland zurückkehrte. So wurde er von einem gewöhnlichen Russen zu etwas anderem: ein Beispiel dafür, wie Zivilcourage in einem Land aussehen kann, in dem sie rar ist. Er wollte zurückkehren, um die Wahrheit nicht nur außerhalb, sondern auch innerhalb Russlands zu sagen, wo die Russen ihn hören konnten. Hier ist, was ich zu jener Zeit schrieb: „Während Nawalny seinen Landsleuten zeigt, wie man mutig sein kann, will Putin ihnen zeigen, dass Mut nutzlos ist.“

Dass Putin Nawalny immer noch fürchtete, wurde im Dezember deutlich, als das Regime ihn in ein abgelegenes Gefängnis in Sibirien verlegte, um ihn daran zu hindern, mit Freunden und Familie zu kommunizieren. Nawalny blieb mit vielen Menschen in Kontakt; ich habe einige seiner Gefängnisnachrichten gesehen, die er heimlich über Anwälte, Polizisten und Wärter verschickte, so wie es Gefangene im Gulag in der stalinistischen Sowjetunion zu tun pflegten. Er blieb die treibende Kraft hinter der Antikorruptionsstiftung, einem Team von im Ausland lebenden Russen, die weiterhin die Korruption untersuchen und dem russischen Volk die Wahrheit bringen. Anfang dieser Woche, bevor er angeblich einschlief, schickte er eine Valentinstagsnachricht an seine Frau Julija über Telegram: „Ich fühle, dass du jede Sekunde bei mir bist, und ich liebe dich noch mehr.“

Nawalnys Entscheidung, nach Russland zurückzukehren und sich einer Haftstrafe zu unterziehen, verschaffte ihm selbst bei Menschen, die ihn nicht mochten, mit ihm nicht einverstanden waren oder ihm etwas vorzuwerfen hatten, Respekt. Er war auch ein Vorbild für Oppositionelle in anderen gewalttätigen Autokratien auf der ganzen Welt. Nur wenige Minuten nach der Bekanntgabe seines Todes sprach ich mit Swjatlana Zichanouskaja, belarussische Oppositionsführerin. „Wir machen uns auch Sorgen um unser Land“, sagte sie mir. „Wenn Putin Nawalny ungestraft töten kann, dann könnten sich Diktatoren in anderen Ländern berechtigt fühlen, andere mutige Menschen zu töten.“

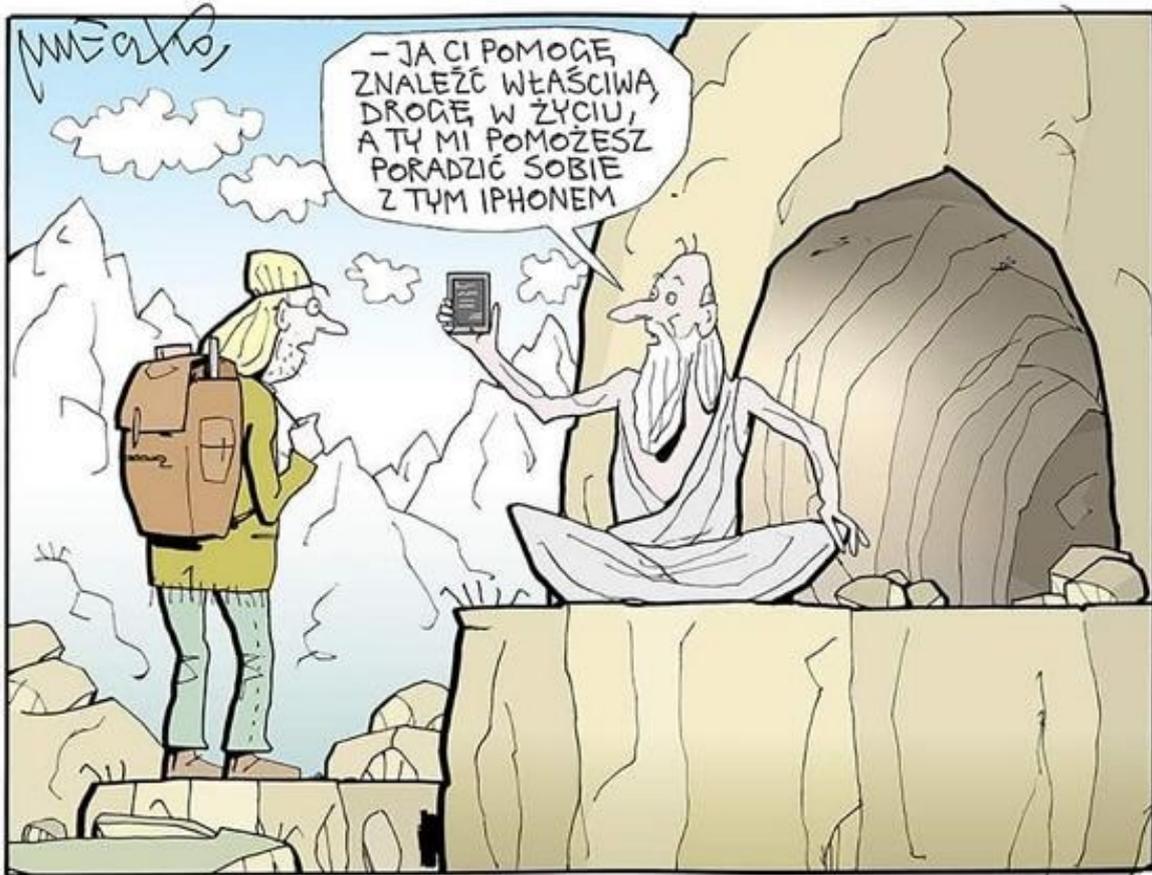
Der gewaltige Kontrast zwischen Nawalnys Zivilcourage und der Korruption des Putin-Regimes wird bestehen bleiben. Putin führt einen blutigen, gesetzlosen und unnötigen Krieg, in dem Hunderttausende von Bürgern getötet oder verletzt wurden, nur im Namen seiner egoistischen Vision. Er führt einen feigen Wiederwahlkampf, bei dem alle echten Gegner ausgeschaltet werden und der einzige Kandidat, der Sendezeit bekommt, er selbst ist. Anstatt sich echten Fragen oder Herausforderungen zu stellen, sieht er sich zahmen Propagandisten wie Tucker Carlson gegenüber, denen er nichts als lange, zirkuläre und völlig falsche Versionen der Geschichte bietet.

Selbst hinter Gittern stellte Nawalny eine echte Bedrohung für Putin dar, denn er war der lebende Beweis dafür, dass Mut möglich ist, dass die Wahrheit existiert, dass Russland ein anderes Land sein kann. Für

einen Diktator, der durch Lügen und Gewalt überlebt, war diese Art von Herausforderung inakzeptabel. Jetzt wird Putin gezwungen sein, die Erinnerung an Nawalny zu bekämpfen, eine Schlacht, die er niemals gewinnen wird.

Zsfg.: JP

<https://wyborcza.pl/magazyn/7,124059,30711625,anne-applebaum-nawalny-potrafil-uczynic-ciekawymi-i-zabawnymi.html>



www.mleczko.pl

- ICH HELFE DIR, DEN RICHTIGEN WEG IM LEBEN ZU FINDEN,
UND DU HILFST MIR, MIT DIESEM IPHONE FERTIG ZU WERDEN

Zsfg.: JP

Mehr Informationen über den Künstler findet man auf den offiziellen Seiten:

<http://www.mleczko.pl/> und <http://www.sklep.mleczko.pl/>

Verschüttetes Getreide auf Bahngleisen ist eine Imagekatastrophe für Polen



Quelle: rp.pl

Ein Kommentar von **Michał Szuldrzyński**

Die Bilder vom Protest der Bauern, die ukrainisches Getreide an der Grenze verschütteten, sind ein großes Geschenk für die Kreml-Propaganda. Es darf nicht der geringste Verdacht entstehen, dass die polnischen Behörden solche Aktionen der Demonstranten unterstützen.

„Ich glaube nicht, dass es einen nennenswerten Meinungs- oder Interessenkonflikt zwischen der Regierungsmannschaft und den protestierenden Landwirten gibt“, sagte Premierminister Donald Tusk vor einigen Tagen bei einem Treffen mit Wählern in Morąg im Zusammenhang mit den Agrarprotesten. Er versicherte, dass „Entscheidungen über die Ukraine“ und den „Green Deal“ „nicht direkt gegen die Interessen tausender Landwirte in Polen und Europa gerichtet sein dürfen“.

Was hat Donald Tusk an der PiS-Regierung kritisiert, als er in der Opposition war?

Bereits im Wahlkampf und vor seinem Amtsantritt äußerte der heutige Ministerpräsident Verständnis für die Landwirte, deren Produktion durch die Einfuhr riesiger Mengen landwirtschaftlicher Erzeugnisse aus der Ukraine nach Polen unrentabel geworden ist. Dabei warf er der PiS-Regierung Untätigkeit vor, die zunächst zu Unruhe in der Landwirtschaft und schließlich zur Blockade der Grenze führte.

Solange die PiS an der Macht war, war die Situation für die Plattform jedoch viel einfacher. Irgendwann - als der Wahlkampf näher rückte - begann die PiS-Regierung, die Kyjiw zuvor gerne geholfen hatte, ihre Haltung zu ändern und berücksichtigte dabei den zunehmend skeptischen Teil der Wählerschaft gegenüber der Ukraine. So wurden Forderungen nach einem Ende der Waffenlieferungen laut, die Einfuhr ukrainischer

Produkte sollte blockiert werden und so weiter. Die Opposition kritisierte daraufhin die Regierung, und das zu Recht.

Verschüttetes Getreide auf Bahngleisen ist eine Imagekatastrophe für Polen

Aber heute ist es die Regierung von Donald Tusk, die die volle Verantwortung für die Situation im Land trägt. Natürlich können nicht alle Probleme über Nacht gelöst werden. Aber es ist ebenfalls schwer, nicht zu der Erkenntnis zu kommen, dass die Situation eskaliert.

Vor allem, wenn es um Demonstranten geht, die ukrainisches Getreide auf die Bahngleise schütten. Und das wiederholt. Und wenn die Demonstranten hasserfüllte anti-ukrainische Plakate verwenden (einige sogar pro-russisch, wie dieses: „Putin macht Ordnung mit der Ukraine und mit Brüssel und mit unseren Regierenden“). Diesmal gingen Bilder von der Grenze durch die Agenturen der Welt. Für Polen ist das aus vielen Gründen fatal. Die Vernichtung von Lebensmitteln ist zutiefst unethisch. Wenn es in der Welt eine Hungersnot gibt, ist es ein moralisches Verbrechen, ukrainischen Weizen zu verschütten.

Darüber hinaus ist diese Aktion katastrophal für das Image Polens. Kurz vor dem zweiten Jahrestag der russischen Aggression gegen die Ukraine gehen Bilder von polnischen Bauern um die Welt, die Getreide aus einem Land vernichten, das gegen Russland kämpft. Für die Propaganda des Kremls könnte es nichts Besseres geben. Und es bringt auch unser Land in Verruf. Schließlich war die Wiederherstellung des Ansehens Polens in der Welt eines der Versprechen der Koalition des 15. Oktober.

Der ukrainische Präsident spricht von „Verhöhnung“, der Botschafter von „Schande“

Die Situation wird durch die ukrainischen Reaktionen noch komplizierter. Am Montag schrieb Präsident Wolodymyr Selenskyj von einer „Verhöhnung“ an der polnischen Grenze. Der ukrainische Botschafter in Warschau, Vasyl Zwarycz, nannte das Verschütten von Getreide am Dienstag eine „Schande“.

Die Demonstranten fordern einen Stopp des Green Deal, der europäischen Klimapolitik für die Landwirtschaft und eine Grenzblockade für Agrarprodukte aus der Ukraine. Nur dass die Partei von Donald Tusk bisher die Klimapolitik der EU unterstützt hat. Die Einführung eines Embargos würde auch die polnischen Exporteure treffen, da die Ukraine auf die gleiche Weise reagieren würde. Schlimmer noch, es würde die Beziehungen zu Kyjiw radikal beschädigen. Es würde sich übrigens herausstellen, dass sich das Vorgehen der Regierung der 15. Oktober-Koalition in dieser Frage nicht so sehr von dem der PiS-Regierung unterscheidet.

Es ist an der Zeit, diese Spirale zu durchbrechen. Die Regierung von Donald Tusk kann nicht länger ihren Vorgängern oder dem von der PiS ernannten EU-Kommissar für Landwirtschaft die Schuld geben. Es darf auch nicht der Schatten eines Verdachts aufkommen, dass die Behörden die für Polen gefährlichen Aktionen der Demonstranten unterstützen. Man darf ihnen nicht länger mit einem zustimmenden Augenzwinkern begegnen.

Zsfg.: AV

<https://www.rp.pl/komentarze/art39872221-michal-szuldrzynski-wysypanie-zboza-na-tory-to-wizerunkowa-katastrofa-polski>

Würde ein Landwirt, der eine sowjetische Flagge an seinen Traktor heftet und Putin um Hilfe bittet, tatsächlich in Russland leben wollen?



Quelle: wyborcza.pl

Von **Bartosz T. Wieliński**

Am 24. Februar 2022 klingelte das Telefon nach vier Uhr morgens. Eigentlich brauchte ich nicht abzuhaken, um zu wissen, dass es angefangen hatte. Dass Putin in die Ukraine einmarschiert war. Auf Twitter sah ich eine Flut von russischen Panzern, die den Grenzübergang zu Belarus passierten, Raketen, die in Kiew explodierten, wie Arterien verstopfte die ukrainische Hauptstadt ein Strom Tausender Menschen, die vor dem flohen, was unvermeidlich erschien.

Die russische Flagge sollte 72 Stunden nach Beginn der Kämpfe über Kyjiw wehen, so die US-Geheimdienste. Ein Geheimdienst, der seit sechs Monaten Alarm geschlagen hatte, weil er unwiderlegbare Beweise dafür hatte, dass Russland sich auf einen Krieg vorbereitete. Im November 2021 zeigten die Amerikaner sie Premierminister Morawiecki. Trotzdem lud die PiS einen Monat später zu einem Clubtreffen von Putins Freunden nach Warschau ein, an dessen Spitze die vom Kreml finanzierte Marine Le Pen stand, die behandelt wurde, als sei sie die französische Präsidentin.

Erinnern Sie sich daran, wie wir uns im Februar vor zwei Jahren auf die Hilfe für die Flüchtlinge gestürzt haben? Es wurde gesagt, dass diese Mobilisierung in Polen, das von der autoritären Macht erstickt wurde, wie die erste „Solidarität“ war. Das System der Hilfe für die Ukrainer wurde von unten geschaffen und

erfasste sofort das ganze Land. Jeder half, so gut er konnte, teilte Lebensmittel, Kleidung, Geld, bot Unterkunft an, für eine Woche, für einen Monat, für immer. Im Angesicht der Tragödie wurden Polen und Ukrainer zu einer großen Familie. Gemeinsam trauerten wir um die Opfer der russischen Bombenangriffe und Exekutionen in Butscha, Irpin und Isjum. Gemeinsam feierten wir die ukrainischen Erfolge im Kampf, den Untergang des Kreuzers „Moskwa“, die Befreiung von Kupjansk und Cherson. Erinnern Sie sich noch? Ich frage, weil ich mir gerade Videos von Bauernprotesten angeschaut habe. Ukrainische Frauen steigen aus einem Bus aus, der irgendwo in Ostpolen von Traktoren angehalten wird. „Verpissst euch in die Ukraine“, hören sie von Leuten in reflektierenden Westen. Und in der Nähe von Gorzyczki hat einer der Demonstranten eine Fahne der Sowjetunion an einem Traktor befestigt und ein Transparent mit dem Slogan „Putin, mach Ordnung mit der Ukraine und Brüssel und unseren Regierenden“.

Zum Erstaunen der Welt brach die Ukraine nicht wie ein Kartenhaus zusammen, Kyjiw wurde nicht einmal eingekesselt, nach einem Monat musste sich Russland aus der ukrainischen Hauptstadt zurückziehen. Putin hat die Ukrainer nicht in zwei Jahren besiegt, sondern mehrere hunderttausend Soldaten, tausende von Panzern, Dutzende von Flugzeugen und nicht weniger als 27 Schiffe verloren. Aber was ist von unserer polnisch-ukrainischen Familie übriggeblieben?

Vielleicht ist es sowieso ein Wunder, dass es so lange zwischen uns geklappt hat. Oder vielleicht hätte es nicht gut ausgehen können. Hunderttausende von Flüchtlingen, selbst kulturell nahestehende, sind für jedes Land eine Herausforderung. Und im Falle Polens wurde die Bösartigkeit gegenüber den Ukrainern nicht nur von Russland, sondern auch von der vorherigen polnischen Regierung angeheizt.

Wenn sich der Spieß jetzt in der Ukraine umdrehen würde, wenn Russland, bewaffnet vom Iran und Nordkorea, die Frontlinie durchbrechen und die ukrainischen Brigaden eine nach der anderen zerschlagen würde, wenn eine weitere Welle von verängstigten Menschen nach Polen käme, würden wir dann ein zweites Mal unser Herz öffnen?

Ich habe gehört, dass wir in Polen des zweiten Kriegsjahres müde seien. Ernsthaft, müde? Müde von was? Auf unsere Bildschirme zu schauen und die immer spärlicheren Informationen über den Fortgang der Kämpfe zu lesen? Wenn jemand das Recht hat, müde zu sein, dann sind es die Ukrainer. Wenn sie sich beklagen, dann über die Undankbarkeit des Westens, der seine Hilfe einstellt, wenn Politiker ihren Kampf für innenpolitische Auseinandersetzungen ausnutzen. Dabei geht es nicht nur um Trump, der die Hilfe für die Ukraine durch seine Leute im Kongress blockiert. In Deutschland verzögern SPD-Politiker seit Monaten die Entsendung von Marschflugkörpern in die Ukraine. Der Eifer, mit dem die Hilfe für die Ukraine von Ungarn blockiert wird, bestätigt die These, dass Ministerpräsident Orbán ein Agent Russlands ist.

Ich höre auch, dass in Polen die Sorge wächst, dass Russland Polen angreifen könnte. Eine solche Option wird von fast der Hälfte der Öffentlichkeit für real gehalten. Nur 10 Prozent der Befragten glauben, dass die Ukraine gewinnen wird und keine Zugeständnisse machen muss. Wie lässt sich dies mit der Tatsache vereinbaren, dass die anti-ukrainische Stimmung aufgrund des Bauernprotests im Aufwind ist? Chaos auf den Straßen führt zu Chaos in den Köpfen? Die russische Propaganda schaut zu und ist außer sich vor Freude. Und ich frage mich, ob der Mann, der eine sowjetische Flagge an seinen Traktor geheftet und Putin um Hilfe gebeten hat, tatsächlich unter dem russischen Joch leben möchte, in einem Land, in dem man beim geringsten Anzeichen von Ungehorsam im Gulag landen kann.

Am zweiten Jahrestag des Überfalls Russlands in ein großes europäisches Land, unser Nachbarland, muss umso lauter darauf hingewiesen werden, dass Putin der gesamten zivilisierten Welt den Krieg erklärt hat. Und obwohl seine Armeen in Saporischschja festsitzen, hat er immer noch genug Kraft, um den Krieg zu eskalieren. In anderen Teilen der Welt, im Weltraum (Sie haben sicher schon von Russlands neuen Waffen zur Zerstörung von Satelliten gelesen) und in NATO-Ländern, wo ja schon seit langem russische Spezialoperationen laufen.

Deshalb ist es umso wichtiger, den Blick nicht von der Ukraine abzuwenden und die Verteidiger allein zu lassen. Deshalb müssen die Proteste der Bauern ein Ende haben, und die Leute, die in Polen weiterhin russische Propaganda säen, müssen von den Sonderdiensten bearbeitet werden.

Im Grunde geht es darum, dass Ukrainer in der Schlacht sterben, damit polnische oder deutsche Soldaten nicht sterben müssen. Wenn sie verlieren, wird Putin weiter nach Westen gehen, die russischen Raketen werden nicht mehr auf Charkiw oder Kyjiw, sondern auf Krakau und Warschau fallen. Von Kaliningrad oder Brest aus werden sie höchstens in ein paar Minuten eintreffen. Umfragen zeigen, dass wir diese Bedrohung bereits verstanden haben. Wann werden wir aufhören, müde zu sein?

Zsfg.: AV

<https://wyborcza.pl/magazyn/7,124059,30727776,pamietacie-jak-dzielilismy-sie-z-ukraincami-zywnoscia-pieniedzmi.html>

Skandal bei Bauernprotest auf A1 Gorzyczki. „Putin mache Ordnung mit der Ukraine und Brüssel...“. Innenministerium reagiert



Quelle: wyborcza.pl

Von **Arkadiusz Biernat**

Mehr als 100 landwirtschaftliche Traktoren blockierten die Straße in der Nähe der Autobahnausfahrt A1 in Gorzyczki. Eine der Maschinen zeigte die Flagge der UdSSR und eine an Putin gerichtete Forderung. Die Landwirte fordern die Abriegelung der polnisch-ukrainischen Grenze und einen Stopp des Zustroms von Agrarprodukten, die nicht den EU-Standards entsprechen. Sie protestieren gegen den Green Deal, der ihrer Meinung nach die europäische Landwirtschaft ruinieren wird. [...]

Protest der Landwirte auf der Autobahn A1 in Gorzyczki

Am Dienstag (20. Februar) um 12 Uhr mittags protestierten die Landwirte auf der Powstańców Śląskich-Straße in Łaziska und der Raciborska-Straße in Gorzyczki. [...]

Die Hauptforderung der Demonstranten ist die Abriegelung der polnisch-ukrainischen Grenze. Die Landwirte behaupten, dass aus dem Osten landwirtschaftliche Erzeugnisse nach Polen gelangen, die nicht den strengen EU-Normen entsprechen, die die polnischen Landwirte einhalten müssen. „Das ist inakzeptabel. Wir müssen die strengsten Normen einhalten: von Milch über Weizen bis hin zu Mais und Raps, was Geld kostet und sich im Preis niederschlägt. Die ukrainischen Produkte entziehen sich jeder Kontrolle und jeder Norm, sie sind billiger und verdrängen unsere Produkte“, sagt Krystian Kretek, der einen Familienbetrieb in Krzanowice im Kreis Racibórz führt.

[...]

Die Demonstranten wiesen darauf hin, dass die Grenze nicht dicht sei und die Kräfte verstärkt werden müssten, damit kontrollierte Waren, die allen Normen entsprechen, nach Polen gelangen könnten.

Nein zu Agrarprodukten aus der Ukraine und dem EU Green Deal

Die Landwirte betonen, dass Produkte aus der Ukraine, die den polnischen Markt überschwemmen, den polnischen Landwirten zunehmend Verluste verursachen. „Es gibt immer mehr Produkte, aber die Nachfrage hat sich nicht geändert. Die billigeren, aber auch qualitativ schlechteren Produkte verdrängen die viel gesünderen polnischen Erzeugnisse. Der Preis in den Einkaufszentren sinkt, aber in den Regalen der Geschäfte sehen wir keinen Rückgang“, so die Landwirte.

[...]

Die Demonstranten warnen, dass der angekündigte Green Deal der EU die Situation nur verschlimmern wird. Wie sie erklären, verstehen sie die ökologischen Maßnahmen, da sie selbst unter anderem landwirtschaftliche Maschinen anpassen. Als größte Absurdität der EU-Politik bezeichnen sie den Ausschluss von 4 Prozent der gesamten landwirtschaftlichen Nutzfläche von der Produktion und die Einmischung in die Art und Weise, wie das Land bewirtschaftet wird. „Es müssen Steuern gezahlt werden. Darüber hinaus kostet es Geld, diese Flächen wieder in die Produktion zu bringen. Diese ganze EU-Vereinbarung wurde nicht mit den Landwirten abgesprochen, sie erhöht nur die Kosten, was nicht nur die Landwirte, sondern auch die Bürger treffen wird. Infolgedessen werden die Preise in den Geschäften steigen. Es könnte auch sein, dass die europäische Landwirtschaft untergepflegt und durch billigere Produkte ersetzt wird, die keinerlei Standards erfüllen, was sich auf das Wertvollste von allen, die Gesundheit, auswirken wird“, argumentierten die Landwirte.

Bergbaugewerkschafter und Jäger protestierten gemeinsam mit den Landwirten. Letztere protestieren gegen die Verschärfung des Jagdgesetzes.

[...]

Unterstützung für die Demonstranten kam auch von der Autobahn A1 selbst. Von Zeit zu Zeit hupten LKW-Fahrer beim Anblick von Landmaschinen, die auf dem Viadukt über die Strecke zur Grenze mit der Tschechischen Republik fahren.

„Putin, bringe die Ukraine und Brüssel in Ordnung...“.

An Transparenten auf Traktoren mangelte es nicht. Auf ihnen konnte man Folgendes lesen: „Die Union befiehlt, polnisches Land brachliegen zu lassen und giftige Lebensmittel zu importieren“, „Sie werden Hunger spüren, Sie werden den Landwirt respektieren“, „Entschuldigung für die Behinderung, wir haben ein grünes Abkommen zu kippen“, „Lassen wir nicht zu, dass korrupte Politiker die Landwirtschaft und Polen zerstören“, „Sie machen den Landwirt fertig, Lebensmittel verschwinden“, „Die Politik der Kommissare ruiniert die Landwirte“. Es gab auch einen Sarg, der den Tod der polnischen Landwirtschaft symbolisierte. Außerdem waren viele rote und weiße Fahnen zu sehen.

Während des Protests kam es auch zu einer skandalösen Situation. Auf einem der Traktoren konnte man eine an Wladimir Putin gerichtete Forderung lesen, der Russlands imperiale Pläne im Krieg gegen die Ukraine blutig durchsetzt. „Putin, bringe die Ukraine und Brüssel und unsere Machthaber in Ordnung“. An der Vorderseite des Fahrzeugs war zudem eine große Flagge der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken angebracht.

Als ein Journalist der „Wyborcza“ auf das skandalöse Transparent aufmerksam machte, machten die Organisatoren keinen Hehl aus ihrer Verwunderung über diese Situation. Sie betonten, dass die Teilnehmer des Protests individuell für den Inhalt der Transparente verantwortlich seien.

Die Landwirte, die von der „Wyborcza“ vor Ort befragt wurden, betonten, dass sie nichts gegen die Ukraine haben. - Wir drücken ihnen im Krieg die Daumen, denn wir wissen, dass, wenn sie verliert, Russland an der Grenze steht und droht,

[...]

Das Transparent wurde von der Polizei auf Video festgehalten. Nach unseren inoffiziellen Informationen wird gegen diesen Protestteilnehmer eine Anzeige wegen Propagierung eines totalitären Staatssystems erstattet werden.

Die Erkenntnisse der „Wyborcza“ wurden von Marcin Kierwiński, dem Minister für innere Angelegenheiten und Verwaltung, öffentlich bestätigt. Im sozialen Netzwerk „X“ verwies er auf den Fall.

- Zur Information - das skandalöse Transparent, dessen Foto im Internet kursierte, wurde sofort entfernt und von der Polizei sichergestellt. Die Polizei und die Staatsanwaltschaft führen Maßnahmen gegen seinen Urheber durch. „Es wird keine Zustimmung zu solchen kriminellen Handlungen geben“, teilte Minister Marcin Kierwiński mit.

Zsfg.: JP

<https://rybnik.wyborcza.pl/rybnik/7.180134.30720253.rolniczy-protest-zablokował-zjazd-z-autostrady-a1.html>

PiS im Bündnis mit einem Putin-Fan



Quelle: [wyborcza.pl](https://www.wyborcza.pl)

Von **Bartosz T. Wieliński**

Die PiS scharwenzelt bei den Republikanern und Trump, ohne jegliches Interesse für die polnische Sicherheit.

Die Anhänger von Donald Trump im US-Kongress haben das Blut ukrainischer Soldaten an ihren Händen. Seit Wochen blockieren sie, nur um dem amtierenden Präsidenten Joe Biden zu schaden, die Militärhilfe für die Ukraine. Das wirkt sich auf die Situation an der Front aus: Russland erhält Hunderttausende von Artilleriegranaten aus Nordkorea, die ukrainische Artillerie muss drastisch an Munition sparen. Nach monatelangen Kämpfen ist Awdijiwka letztlich gefallen, und Russland, das den Mangel an Nachschub aus dem Westen ausnutzen will, greift überall in Saporischschja an. Es sucht nach Schwachstellen in der ukrainischen Verteidigung. Wenn es diese findet, hat es Kräfte in Reserve, die es einsetzen kann, um die Frontlinie zu durchbrechen. Solange die Pattsituation im Kongress nicht überwunden ist, wird es keine neuen Lieferungen von US-Ausrüstung geben.

Tarczyńskis Manifest

Ein Wort von Trump hätte genügt, um seine Kongressabgeordneten zur Ordnung zu rufen. Doch anstatt die Ukraine zu unterstützen, sandte der ehemalige Präsident, der sich um seine Wiederwahl bemüht, ein weiteres Signal an Russland, indem er die Sicherheitsgarantien der USA für die NATO-Verbündeten öffentlich infrage stellte.

Zur gleichen Zeit kündigt die PiS offiziell an, dass sie engere Beziehungen zur Republikanischen Partei knüpfen und Donald Trump im Wahlkampf unterstützen wird, indem sie in der amerikanischen polnischen Gemeinde Wahlwerbung betreibt. Ich lese das Manifest von Dominik Tarczyński, den Jarosław Kaczyński gerade zum Leiter der Delegation von PiS-Abgeordneten im Europäischen Parlament ernannt hat, und frage mich, was in die beiden gefahren ist. Tarczyński rechtfertigt in einer pro-PIS-Wochenzeitung die Festigung der Beziehungen zu Trump folgendermaßen: „Es ist unsere Sorgfaltspflicht als Konservative und Polen, Bündnisse mit denen zu schmieden, die ähnlich denken, sich um die Sicherheit sorgen, mit unserer Vision der Welt übereinstimmen und unsere Werte teilen.“

Die PiS unterstützt Putins Verbündete

Wie kann man ein Bündnis mit einem Mann eingehen, der 2022 von Putin schwärmte und ihn ein Genie nannte (und Putin gab die Komplimente zurück), während er zwei Jahre später zugab, dass er Russland ermutigen würde, Nato-Länder anzugreifen, die zu wenig für die Verteidigung ausgeben? Wie kann man eine Partei unterstützen, die durch Obstruktionspolitik im Parlament de facto die verbrecherische Eroberung der Ukraine durch Russland erleichtert? Tarczyński und Kaczyński sprechen von einer Annäherung an Trumps Vision für die Welt, aber seine Politik schadet jetzt der polnischen Sicherheit.

Ebenso untergräbt die Politik des ungarischen Ministerpräsidenten Viktor Orbán, der die EU-Hilfe für die Ukraine und die Verhängung weiterer Sanktionen gegen Russland sabotiert und den Beitritt Schwedens zur NATO verzögert, die Sicherheit Polens. Auch mit ihm spielt die PiS weiterhin im selben Team.

Die Unterstützung der Verbündeten von Putins Russland ist das, was die Unterstützung der Verbündeten des Dritten Reiches vor 80 Jahren war. Jarosław Kaczyński kennt die Geschichte und versteht dies sehr gut. Was er mit Trump gemeinsam hat, abgesehen von seiner Verachtung für die Demokratie, ist sein Wunsch, wieder an die Macht zu kommen. Um jeden Preis.

Zsfg.: AV

<https://wyborcza.pl/7,75399,30718470,pis-w-sojuszu-z-fanem-putina.html#S.TD-K.C-B.4-L.2.duzy>

Bodnar kündigt Überprüfung der politisch inspirierten Ermittlungen unter der PiS an



Quelle: wyborcza.pl

Von **Anita Karwowska**

Adam Bodnar kündigte in einem Schreiben an Lech Wałęsa und an Aktivisten, die sich für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit einsetzen, eine Prüfung von Strafverfolgungsmaßnahmen aus der Zeit der PiS an, die möglicherweise politische Hintergründe hatten. Politiker von *Suwerenna Polska* protestieren.

Die Ankündigung des Justizministers und gleichzeitig Generalstaatsanwalts Adam Bodnar ist eine Reaktion auf den in der vergangenen Woche von der Stiftung Open Dialog veröffentlichten offenen Brief. Der Aufruf zur Überprüfung der politischen Ermittlungen in der polnischen Staatsanwaltschaft in den Jahren 2015-23 wurde u.a. von Ex-Präsident Lech Wałęsa, Leszek Balcerowicz, Agnieszka Holland, Andrzej Zoll und u. a. von *Obywatele RP*, dem Richterverband "Themis" und dem Komitee zur Verteidigung der Demokratie unterzeichnet.

"Als Bürger der Republik Polen, die die Opfer der willkürlichen und höchst fragwürdigen Handlungen der von Ihrem Vorgänger Zbigniew Ziobro geleiteten Staatsanwaltschaft unterstützen, möchten wir uns mit Besorgnis und Alarm bezüglich der fortgesetzten politischen Ermittlungen, die zwischen 2015 und 2023 unter der Regierung der Vereinigten Rechten eingeleitet wurden, an Sie wenden", schrieben die Verfasser des Aufrufs und forderten unter anderem "die Ernennung eines Teams von Staatsanwälten, um die Legitimität der Fortsetzung der zwischen 2015 und 2023 eingeleiteten und durchgeführten Ermittlungen zu analysieren, bei denen der höchst begründete Verdacht besteht, dass die Strafverfolgung als politisches Instrument zur Einschüchterung, Belästigung und falschen Beschuldigung einer Reihe von Personen eingesetzt wird, die aus verschiedenen Gründen für die bisherige Regierungsmannschaft unbequem

geworden sind, und zwar wegen Verbrechen, die nicht begangen wurden oder höchst fragwürdig sind”.

Adam Bodnar räumte in ausführliche Antwort auf der Website der Staatsanwaltschaft ein, dass er auch die Notwendigkeit sieht, Strafverfahren aus der PiS-Ära zu überprüfen, die möglicherweise politische Untertöne hatten.

“Ich teile voll und ganz die Überzeugung, dass eine wirksame Überprüfung und Analyse von Fällen erforderlich ist, bei denen der Verdacht besteht, dass sie politisch motiviert sein könnten. Dies gilt für die Fälle, die in dem an mich gerichteten Appell aufgelistet sind, obwohl dieser Katalog, wie Sie sicher bemerkt haben, nicht abgeschlossen ist” - schrieb der Minister. Zu den in dem Schreiben an Bodnar genannten Verfahren gehörten die Verfahren in und gegen Aktivisten des Gesamtpolnischen Frauenstreiks und des Abtreibungs-Dreamteams, die Fälle unabhängiger Richter, die von der PiS schikaniert wurden, darunter Beata Morawiec, Igor Tulea und Waldemar Żurek, sowie Dutzende anderer.

Die Justizministerin ist der Ansicht, dass der Katalog der zu überprüfenden Fälle noch breiter gefasst werden sollte.

“Wir sprechen sowohl von Verfahren, die darauf abzielen, die Handlungsfreiheit einzuschränken oder die Tätigkeit von sozialen Aktivisten und NGO-Leitern zu unterbinden, als auch von Versuchen, Personen zu unterdrücken, die ausgegrenzte Gruppen vertreten. Ich denke hier an Vertreter der LGBTQ+-Community, Organisatoren von Gleichstellungsmärschen, Vertreter ethnischer oder nationaler Minderheiten oder die zahlreichen Personen und Organisationen, die Flüchtlinge an der polnisch-weißrussischen Grenze unterstützen. Die Besonderheit der Fälle, die von der Staatsanwaltschaft aufgegriffen werden, gilt jedoch auch für viele andere Gruppen, die von den früheren Behörden als politische Feinde behandelt wurden. So gehören zu dieser Gruppe Journalisten, die Unregelmäßigkeiten in der Tätigkeit von Politikern an der Macht oder Vertretern der Dienste, die auf die instrumentelle, politische Nutzung des Staatsapparates hinweisen, untersuchen. Sie umfasst auch Oppositionspolitiker, Geschäftsleute und Vertreter zahlreicher Berufsgruppen, die von den früheren Behörden bekämpft wurden. Schließlich gehören zu dieser Gruppe auch Vertreter der Justiz, die für die Unabhängigkeit der Gerichte und Staatsanwaltschaften eintreten”, zählte Bodnar auf.

Die Initiatoren des Einspruchs schlugen vor, eine spezielle Strafverfolgungsgruppe zur Prüfung dieser Fälle einzurichten. Der Minister entschied jedoch, dass die Verfahren “verstreut” geprüft werden sollen, wobei jeder Fall einzeln zu behandeln ist. Die neu ernannten funktionalen Staatsanwälte werden diese Aktivitäten beaufsichtigen.

“Mein vorrangiges Ziel, das die objektive Klärung der in der Berufung genannten Fälle gewährleisten wird, ist die vollständige Entpolitisierung der Staatsanwaltschaft und die Beseitigung ihres Charakters als Instrument zur Gewährleistung der Straffreiheit der Behörden. Das Wichtigste in dieser Hinsicht scheint die Trennung der Funktionen des Justizministers und des Generalstaatsanwalts zu sein, um den politischen Einfluss auf die Handlungen der Staatsanwälte zu verringern.”, schrieb Bodnar.

“Im Namen der Unterzeichner und der Opfer danken wir Ihnen für Ihre Antwort, die unsere Erwartungen übertroffen hat. Wir erklären unsere volle Bereitschaft zur Zusammenarbeit bei der Dokumentation von Fällen mit politischem Hintergrund, die durch eine Reihe von Verstößen seitens der Staatsanwaltschaft und der von ihr beaufsichtigten Stellen gekennzeichnet sind. Seit 2021 setzen wir uns analytisch mit den in böser Absicht geführten Ermittlungen auseinander - wir sind es gewohnt, die Staatsanwaltschaft als Instrument der Unterdrückung von Unbequemen und Widerspenstigen und als Garant der Straffreiheit für die Funktionäre der ehemals regierenden Partei zu sehen. Eine unabhängige Staatsanwaltschaft, die sich um Gerechtigkeit bemüht, auf die Bürger zugeht, gesellschaftliche Organisationen als Partner behandelt und ihre Forderungen mit Respekt und Verständnis aufnimmt, verdient höchstes Lob. Wir rechnen mit einem effizienten Vorgehen, um einer Reihe von Verfolgten zu ihrem Recht zu verhelfen”, so Bartosz Kramek, Leiter der Stiftung Offener Dialog, gegenüber der “Wyborcza”. Der Aktivist sprach kürzlich in einem Interview, das er zusammen mit seiner Frau Ludmila Kozłowska gab, über die Notwendigkeit, die PiS für die Verfolgung von Verfechtern der Rechtsstaatlichkeit zur Rechenschaft zu ziehen. Beide sind der Meinung, dass es eine Untersuchungskommission zur politischen Verfolgung in den Jahren 2015-23 geben sollte.

Das Schreiben über das politische Verfahren und die Antwort von Adam Bodnar haben die Politiker der *Suwerenna Polska* empört. Am Samstag hielten Patryk Jaki (MdEP, ehemaliger stellvertretender Justizminister unter Zbigniew Ziobra) und Jacek Ozdoba (MdEP, stellvertretender Klimaminister in der PiS-Regierung) vor dem Gebäude des Justizministeriums eine Konferenz ab, auf der sie erklärten, dass der Justizminister gerade "eine Maschinerie zur Verdrehung der Ermittlungen in Strafsachen der Kumpanen von Donald Tusks in Gang gesetzt hat.

"Falls jemand von Ihnen glaubt, dass ich übertreibe, möchte ich ihn daran erinnern, dass vor einigen Tagen ein bekannter PR-Mechanismus in Gang gesetzt wurde, um Sie alle zu täuschen, und zwar in Form eines Schreibens der Behörden der Bürgerplattform, in dem es heißt, dass die Fälle von Politikern der Bürgerplattform erneut geprüft werden müssen, um ihnen zu helfen. Ich bin davon überzeugt, dass es sich hierbei um ein abgekartetes Spiel handelt." Adam Bodnar antwortet auf dieses Schreiben, dass natürlich alle Fälle dieser Nowaks überprüft werden müssen [hier geht es um den ehemaligen PO-Politiker Slawomir Nowak, der von der Staatsanwaltschaft Ziobra wegen Korruption angeklagt wurde]. Dann wird das Profil der Neo-Staatsanwälte vorgestellt und sie sagen, dass sie die Fälle noch einmal analysieren werden, d. h. die Maschinerie zur Verdrehung dieser Ermittlungen wird in Gang gesetzt", sagte Jaki.

Der SP-Politiker forderte den Justizminister zu einem Vier-Augen-Gespräch auf. Er bat Krzysztof Stanowski und Robert Mazurek, die kürzlich ein gemeinsames Interview mit Präsident Andrzej Duda führten, in den sozialen Medien, dieses zu organisieren. Adam Bodnar hat sich nicht öffentlich zu Jakis Vorschlag geäußert.

Zsfg.: JP

<https://wyborcza.pl/7,75398,30712705,adam-bodnar-bedzie-przeklad-postepowan-z-czasow-pis-ktore.html>

ZITAT DER WOCHE



Quelle: polskieradio.pl

„Polen hatte zu dieser Zeit eine nationalistische Regierung. Wir haben aufgehört, das demokratische Deutschland zu verteufeln. Das ist für Nationalisten umstritten - aber nicht für uns. Deutschland ist unser Verbündeter, wir begrüßen die Zusammenarbeit der Alliierten bei der Sicherung des NATO-Gebiets, also wären deutsche Soldaten hier willkommen.“

Radoslaw Sikorski - polnischer Außenminister

Quelle: <https://natemat.pl/542720,sikorski-poruszyl-niemcow-chodzi-o-przyjazd-wojsk-bundeswehry-do-polski>

forumdialog.eu

Die alte und die neue Rzeczpospolita

<https://forumdialog.eu/2024/02/21/die-alte-und-die-neue-rzeczpospolita/>

tagesspiegel.de

Nach dem Machtwechsel in Polen: EU will offenbar eingefrorene Gelder freigeben

<https://www.tagesspiegel.de/internationales/aussage-des-polnischen-ministerprasidenten-eu-wird-am-freitag-eingefrorene-gelder-freigeben-11257060.html>

deutschlandfunk.de

Polen präsentiert EU-Partnern Plan für Ende von Justizstreit

<https://www.deutschlandfunk.de/polen-praesentiert-eu-partnern-plan-fuer-ende-von-justizstreit-110.html>

spiegel.de

Wegen billiger Importe aus der Ukraine – polnische Bauernproteste weiten sich aus

<https://www.spiegel.de/ausland/polen-bauernproteste-aus-unmut-ueber-eu-agrarpolitik-weiten-sich-aus-a-73940481-f44f-409b-925d-4daf1a52598d>

euroactiv.de

Polens Außenminister Sikorski möglicher Kandidat für EU-Verteidigungsressort

<https://www.euractiv.de/section/europa-kompakt/news/polens-aussenminister-sikorski-moeglicher-kandidat-fuer-eu-verteidigungsressort/>

DIALOG FORUM – Perspektiven aus der Mitte Europas

<https://forumdialog.eu/>

POLEN und wir – älteste Zeitschrift für deutsch-polnische Verständigung

<http://www.polen-und-wir.de/>

REDAKTION:

kontakt@mitte21.org

Christel Storch-Paetzold

Jerzy Paetzold | Andreas Visser | Krzysztof Wójcik